LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21546**

30.09.2026

Kleine Anfrage 8834

des Abgeordneten Jochen Ott SPD

Mögliche Übernahme von Evonik – seit wann weiß der Ministerpräsident davon?

Evonik ist weit mehr als ein international erfolgreicher Spezialchemiekonzern mit Sitz in Essen. Die Zukunft des Unternehmens, seine Investitionen, seine industriellen Entscheidungen und die damit verbundenen Arbeitsplätze sind von erheblicher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Eine mögliche Übernahme durch BASF ist deshalb auch eine Frage politischer Verantwortung. Ministerpräsident Hendrik Wüst gehört kraft seines Amtes dem Kuratorium der RAG-Stiftung an. Dieses Gremium trägt Verantwortung für die Kontrolle des Stiftungsvorstands und legt die Grundsätze der Stiftungsarbeit fest. Die Präambel der Stiftungssatzung verpflichtet ausdrücklich dazu, bei der Wahrnehmung des Eigentümereinflusses die Interessen der Beschäftigten und der Arbeitsplätze zu berücksichtigen.

Diese Verantwortung kann nicht mit dem Hinweis auf unternehmerische Entscheidungsfreiheit beiseitegeschoben werden. Gerade angesichts einer möglichen Veränderung der Eigentümerstruktur muss die Landesregierung ihre besondere Verantwortung für Beschäftigung, industrielle Wertschöpfung und die Zukunft des Standorts wahrnehmen. Die IGBCE fordert deshalb zu Recht belastbare Zukunftsperspektiven und konkrete Investitionszusagen für die Beschäftigten.

Entscheidend ist nun, wie Ministerpräsident Hendrik Wüst diese Verantwortung konkret wahrnimmt. Es muss klar erkennbar sein, welche Position er in den Beratungen über die Evonik-Beteiligung vertritt und welche konkreten Initiativen er ergreift, um die Interessen der Beschäftigten und des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen zu sichern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Seit wann hat Ministerpräsident Wüst Kenntnis der Übernahmeinitiative durch BASF?

2. Welche Gespräche hat der Ministerpräsident seit Bekanntwerden der Übernahmeinitiative mit den jeweiligen Beteiligten, insbesondere Evonik, der RAG-Stiftung oder den Arbeitnehmervertretungen, geführt?

3. Der Vorstandsvorsitzende der BASF SE, Markus Kamieth, soll Ende August 2026 zu Gesprächen in der Staatskanzlei gewesen sein. Falls dies zutrifft: Gab es in diesem Zusammenhang auch ein Einzelgespräch zwischen Ministerpräsident Wüst und Herrn Kamieth?

Datum des Originals: 30.09.2026/Ausgegeben: 30.09.2026

4. Was war Gegenstand der Gespräche?

5. Welche Position zum Erhalt von Evonik als eigenständigem Konzern hat der Ministerpräsident seit Kenntnis der Übernahmeinitiative in die Beratungen des Kuratoriums der RAG-Stiftung eingebracht?

Jochen Ott